

# In Bergisch Gladbachs Grundschulen wird es eng



Einschulung in der GGS Hebborn

**Die gute Nachricht: die Zahl der Grundschüler in Bergisch Gladbach** geht nicht zurück, im Gegenteil. Die schlechte Nachricht: die finanzschwache Stadt Bergisch Gladbach will keine Grundschulen bauen oder erweitern, sondern den Engpass „mit organisatorischen Lösungen“ beheben. Eine Vorlage der Verwaltung, die maximale Klassenstärke von jetzt 25 wieder auf 29 hoch zu setzen, wurde jedoch in letzter Minute im Schulausschuss vertagt.

Erst vor knapp zwei Jahren hatte der Stadtrat die Klassenstärken der städtische Grundschulen auf durchschnittlich 25 Kinder beschränkt. Ziel war es, die Grundschulen bei insgesamt rückläufigen Schülerzahlen gleichmäßig auszulasten.

Die Realität sieht jedoch anders aus: 2017 werden

voraussichtlich 3908 Kinder eine Grundschule besuchen, in vier Jahren mit 3921 noch ein paar mehr. Die Eingangszahlen steigen 2019 noch einmal an, sind dann jedoch konstant – so die Prognosen der Stadtverwaltung, in der die Beschulung von Flüchtlingskindern noch nicht enthalten ist. (Siehe Dokumentation unten.).

Das heißt aber, dass schon im kommenden Schuljahr die Schulen in Bensberg und Refrath nicht mehr alle Schüler in ihrem Einzugsbereich aufnehmen können. Das geht aus der Verwaltungsvorlage (Dokumentation unten) hervor, die am Dienstag im Schulausschuss sehr kritisch diskutiert wurde.

**In Bensberg** mussten demnach acht Kinder an den dortigen Innenstadtschulen abgelehnt und an die Gemeinschaftsgrundschule Moitzfeld verwiesen werden. Dabei sind die Innenstadtschulen konfessionelle Angebotsschulen, die Grundschule Moitzfeld aber eine Gemeinschaftsschule.

**In Refrath** hätten auch Kinder abgelehnt werden müssen, wenn man nicht in der GGS Kippekausen ausnahmsweise eine zusätzliche Eingangsklasse gebildet hätte. Ohne eine Erhöhung der Klassenstärke, so die Vorlage, wären die Refrather Schulen aber schon 2017/2018 nicht mehr in der Lage, alle Kinder aus dem Stadtteil aufzunehmen. Das Raumangebot reiche in Refrather für höchstens acht Eingangsklassen.

Die Vorlage nennt weitere Zahlen für Refrath: bleibt es bei maximal 25 Kinder je Klasse könnten zum 1. August 2017 bis zu 200 Kinder aufgenommen werden. Doch am Stichtag 24. November 2015 hatten in Refrath schon 211 Kinder ihren ersten Wohnsitz, die im Sommer 2017 schulpflichtig werden. Erfahrungsgemäß komme es in Refrath immer noch zu Zuzügen im letzten Jahr vor der Einschulung, zudem gibt es Kinder, die die erste Klasse wiederholen.

**In den anderen Stadtteilen** gibt es laut Prognose keine vergleichbaren Probleme. Zahlen für alle Stadtteile nennt eine

Vorlage, die bereits im März im Schulausschuss vorgelegt worden war, wir dokumentieren auch sie unten.

Im Ausschuss musste sich die Verwaltung, vertreten von Ko-Dezernent Bernd Martmann und Fachbereichsleiter Detflef Rockenberg, gegen zum Teil heftige Kritik wehren. Noch vor zwei Jahren habe sie mit ganz anderen Zahlen operiert, so zum Beispiel Mirko Komenda (SDP). Aber auch Elke Lehnert (CDU) zeigt sich überrascht.

Die Verwaltung verwies auf eine neue Bevölkerungsprognose, die im Zusammenhang mit dem neuen Flächennutzungsplan gemacht worden sei. Zudem habe man das Melderegister gerade noch einmal ausgewertet, diese Zahlen seien zuverlässig. Schulpflichtige Flüchtlinge seien dabei allerdings noch nicht erfasst worden, diese kommen noch oben drauf.

### **Schulleiter reagieren schockiert – und mit einem Gegenvorschlag**

Der Vorschlag der Verwaltung, zunächst einmal für zwei Jahre die Klassenstärke anzuheben, stieß nicht nur in allen Fraktion auf Verwunderung und Widerstand. Die Schulleiter, so berichtet ihr Sprecher **Florian Lambertz**, seien durch diesen Plan zum Teil ebenfalls überrascht worden – und regelrecht schockiert.

Denn eine solche Entscheidung habe gravierende pädagogische Folgen. Hinzu kämen organisatorische Folgen – denn mit 29 Schülern pro Klasse sei man „rappellvoll“, für Zuzüge, Wiederholer oder Flüchtlingskinder habe man dann keinen Platz mehr. Und auch die Offenen Ganztagschulen seien längst überfüllt, auch ihnen würde eine Erweiterung gut tun, argumentierte Lambertz.

Daher hatten die Grundschuldirektoren in Bensberg interveniert und der Verwaltung signalisiert, dass sie sich zutrauen, in den Eingangsgesprächen mit den Eltern der neuen Kinder für eine bessere Verteilung auf die Schulen sorgen zu können. Damit könne man vorerst die Anhebung der Klassenstärken

vermeiden.

Ein Vorschlag, den die CDU und die SPD aufgriffen. Sie forderten eine Vertagung der Entscheidung auf unbestimmte Zeit, die Verwaltung erklärte sich damit einverstanden, der Ausschuss folgte dem mit einer Gegenstimme von der Linken fast einstimmig.

**Dokumentation:** In der Sitzung vom 2. März stellte die Stadtverwaltung in drei Dokumenten die prognostizierte Entwicklung detailliert vor. Außerdem dokumentieren wir die Beschlussvorlage der Sitzung am Dienstag, die dann vertagt wurde.